

«Dem Kanton Luzern geht es sehr gut»

REGIERUNGSPRÄSIDENT Am morgigen 1. Juli übernimmt Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf für ein Jahr das Regierungspräsidium. Im Gespräch mit dem WB stellt sich der Pfaffnauer CVP-Politiker der Kritik, der die Regierung momentan ausgesetzt ist. Er räumt Fehler ein, bricht aber eine Lanze für den Kanton Luzern und seine Leistungsfähigkeit.

WB-GESPRÄCH

von Stefan Calivers

Es gab schon bessere Zeiten, das Amt des Luzerner Regierungspräsidenten anzutreten. Guido Graf, Hand aufs Herz: Freuen Sie sich überhaupt auf Ihr Präsidialjahr?

Ja, ich freue mich. Und ich werde mich auch nicht verstecken, sondern sehr oft das Regierungsgebäude verlassen und den Kontakt mit der Bevölkerung suchen.

Aber kaum mehr auf einer Velotur durch den ganzen Kanton wie bei Ihrem letzten Präsidium 2013?

Nein, im Moment braucht unser Kanton etwas mehr Ruhe und Gelassenheit. Ich möchte dazu beitragen, indem ich versuche, zur Versachlichung der oft sehr emotional aufgeladenen politischen Diskussion beizutragen. Ich möchte Brücken schlagen zur Bevölkerung und zu den verschiedenen Regionen und Interessengruppen. Darum lautet mein Motto für das Regierungsjahr: «Stadt und Land: miteneinander, füreneinander».

Keine leichte Aufgabe. Spätestens nach der Abstimmung zur Steuerfusserhöhung herrscht in unserem Kanton so etwas wie eine Vertrauenskrise zwischen Regierung und Volk.

Ich möchte nicht von einer Krise reden. Aber es gibt sicher Klärungsbedarf im



Will sich Zeit nehmen für die Kommunikation mit der Bevölkerung: der neue Regierungspräsident Guido Graf. Foto Staatskanzlei

das Gefühl, es passiere gar nichts. Offenbar ist immer noch genug Luft zum Sparen da, ohne grossen Leistungsabbau.

Für einschneidende Reformen braucht es Gesetzesänderungen, da sind wir auf die Mitwirkung des Parlamentes angewiesen. Dort herrscht aktuell auch nicht gerade Einigkeit. Aber doch, es gab und gibt durchaus Mass-

geschweige denn entschlossenen Eindruck macht?

Ich gehöre dem Regierungsrat seit 2010 an. Der Umgang miteinander war damals nicht besser und nicht schlechter als heute. Natürlich führen wir harte politische Diskussionen, natürlich stehen wir unter gewaltigem Druck und natürlich kämpfen wir alle auch für unsere eigenen Departemente. Aber der Eindruck, dass wir keine Einheit seien, scheint mir doch eher eine Projektion von aussen zu sein.

Als Regierungspräsident haben Sie nun die Gelegenheit, dieses Bild zu korrigieren und eine Führungsrolle zu übernehmen, auch was die Auswirkung betrifft.

Nochmals: Ich glaube nicht, dass unsere Regierung überall so schlecht unterwegs ist. Und ohne wehleidig wirken zu wollen: Manchmal wäre es angemessen, wenn die Kritik uns gegenüber – auch da, wo sie durchaus berechtigt ist – etwas differenzierter in der Sache und moderater im Ton geäussert würde. Und der Fokus nicht nur auf das Negative gerichtet wäre. Denn es gibt auch gewisse Felder, wo wir auf schweizerischer Ebene Taktgeber sind. Das nimmt man kaum zur Kenntnis.

Wo denn?

Wenn ich an mein Departement denke: das Projekt «Ambulant vor stationär» oder die Akzente, die wir im Asyl- und Flüchtlingswesen setzen. Und dass wir bei der Unternehmensbesteuerung unseren Spitzenplatz, zumindest aber einen Platz auf dem Podest behalten wollen.

Was dem Kanton Luzern bisher aber noch wenig gebracht hat – ausser dem Verlust von Geldern aus dem Bundesfinanzausgleich NFA.

Zugegeben: Die Folgen für den NFA – ich war damals noch Fraktionschef – wurden in der Botschaft 2009 vergessen und nicht kommuniziert. Das ist kein Ruhmesblatt. Aber unser Kanton ist stärker geworden. Es ist jetzt ein schwieriger Moment, um unsere Strategie durchzuhalten. Aber wenn wir die Übung abbrechen, würden wir all die Mittel, die wir in den letzten Jahren investiert haben, wieder verlieren. Der vergleichbare Kanton St. Gallen beispielsweise müsste rund 2 Milliarden

investieren, um unsere Stärke zu erreichen. Diesen Vorsprung dürfen wir nicht aufs Spiel setzen.

Aber mal ehrlich: Geht es den St. Gallerinnen und St. Gallern schlechter als uns? Am Schluss interessiert doch, «was hinten herauskommt», um es mit den Worten des kürzlich verstorbenen alt Bundeskanzlers Helmut Kohl zu formulieren. Und aus der Tiefsteuerstrategie kam doch für den Normalbürger unter dem Strich bisher wenig bis nichts heraus.

Das ist einfach zu negativ. Ich sage noch einmal: Unser Kanton bietet viel. Wir haben eine Universität, Fachhochschulen, eine hervorragende Gesundheitsversorgung, hohe Sicherheit usw., usw. Wir machen eine Politik für die ganze Bevölkerung, und dazu gehört auch die Sicherung der Arbeitsplätze. Deshalb nochmals zur Steuerstrategie: Man muss in der Politik manchmal gegen den Strom schwimmen und zwar so

wie wir Leistungen günstiger, effizienter und besser erbringen können. Unter anderem überlegen wir gegenwärtig die Öffnungszeiten unserer Spitäler und fragen uns, welche Leistungen wir noch sieben Tage in der Woche 24 Stunden lang anbieten müssen.

Auf einer anderen «Grossbaustelle» Ihres Departementes, dem Asylwesen, scheint sich die Lage etwas beruhigt zu haben. Oder täuscht der Eindruck?

Was die Neuankömmlinge betrifft, so hat sich die Situation tatsächlich entspannt. Aber das ist eine Momentaufnahme. Was uns derzeit vor allem beschäftigt und Sorgen bereitet, ist die Integration der Flüchtlinge. Der Bund bewegt sich endlich und will den Kantonen mehr Geld für diese Aufgabe zusprechen. Doch diese Auseinandersetzung hat viel Kraft gekostet. Und das Problem ist noch lange nicht gelöst. Wir geben auf das nächste Jahr 140 Dossiers an die Gemeinden ab, was für

«Wir müssen uns mehr Zeit nehmen für die Kommunikation und die Sachen so erklären, dass uns die Bevölkerung versteht.»

Guido Graf Regierungspräsident des Kantons Luzern 2017/18

Verhältnis von politischen Mandatsträgern und der Bevölkerung. Und auch Sachen, die wir als Regierung besser machen müssen. Wir müssen insbesondere besser kommunizieren und informieren. Ich stelle immer wieder fest, dass in der Bevölkerung gerade im Bereich der Finanzen Missverständnisse herrschen, was etwa die Geldströme angeht, welche Staatsebene was finanziert oder eben nicht. Diese Aufgabe haben wir zu wenig gut erfüllt. Wir müssen uns mehr Zeit nehmen für die Kommunikation und wir müssen die Sachen so erklären, dass uns die Bevölkerung versteht. Das ist unser Job.

Das ist bei der Steuerfusserhöhung ganz offensichtlich nicht passiert. Hat der Regierungsrat die Lage unterschätzt? Bei der Abstimmung zur Erhöhung der Unternehmenssteuern und sogar bei der eidgenössischen Vorlage zur Unternehmenssteuerreform III war die Regierung viel präsenter.

Unterschätzt nein, aber das Resultat hat uns doch sehr überrascht. Im Nachhinein betrachtet, haben wir uns wohl zu wenig gut erklärt. Aber wir wollten der Bevölkerung nicht drohen mit einem Plan B. Wir machten einfach klar, dass es bei einem Nein anspruchsvoll wird.

Die Regierung sprach von einem «Kahlschlag». Aber in grossen Teilen der Bevölkerung herrscht

nahmen, die die Bürgerinnen und Bürger schmerzlich spüren. Wenn ich an mein Departement denke etwa bei der Prämienverbilligung, was besonders Familien mit Kindern zu schaffen macht.

Also sparen auf Kosten der Schwachen, wie der Regierung oft vorgeworfen wird.

Dazu möchte ich klar festzuhalten, dass es uns gerade im Sozialbereich noch sehr gut geht. In konkreten Zahlen: 2016 wurden im Kanton Luzern fast 2,7 Milliarden Franken für die soziale Wohlfahrt ausgegeben; für AHV, IV, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligung, Mutterschaftsbeihilfe, Alimentenborschussung, Kindergeld, Stipendien usw. Davon finanzierten Kanton und Gemeinden 550 Millionen, den Rest zahlte der Bund. Diese Mittel muss unsere Volkswirtschaft zuerst erarbeiten. Wenn ich solche Zahlen und die damit verbundenen Leistungen sehe, habe ich manchmal schon den Eindruck, dass wir auf ziemlich hohem Niveau jammern. Aber wie schon gesagt: Vielleicht gründet dieses «Jammern» auf mangelnder Faktenkenntnis. Und wenn die Bürgerinnen und Bürger etwas nicht verstehen, heisst das, dass wir als Regierung zu wenig gut kommuniziert haben.

Liegt das vielleicht daran, dass die Regierung als Gremium nicht funktioniert und keinen geschlossenen,

«Man muss in der Politik manchmal gegen den Strom schwimmen und zwar so lange, bis man zur Quelle kommt.»

lange, bis man zur Quelle kommt. Zugegeben: Wir hatten die Überzeugung, dass wir früher dort ankommen als es nun der Fall ist. Aber jetzt aufzugeben wäre total falsch.

Mehr Erfolg scheint Ihrem Projekt «Ambulant vor stationär» bei den Spitalbehandlungen beschieden zu sein.

«Ambulant vor stationär» hat Zukunft und wird sich gesamtschweizerisch durchsetzen. Ich engagiere mich diesbezüglich auch für eine Koordination mit den anderen Kantonen. Aber ich will nicht warten, bis alle anderen bereit sind.

Haben Sie weitere solche Pionierprojekte im Köcher?

Angehts des steten Kostenwachstums im Gesundheitswesen und den steigenden Krankenkassenprämien ist es eine Daueraufgabe, zu überprüfen,

diese einen Mehraufwand von 3,5 Millionen Franken pro Jahr bedeutet. Das kann nicht Jahr für Jahr so weitergehen. Darum werde ich in Bern weiter Druck machen.

Sie haben sich in den letzten Jahren auffällig viel zur Bundespolitik geäussert. Ist das mit Ambitionen auf ein Mandat im Bundesparlament verknüpft, die man Ihnen nachsagt?

Ich stelle fest: Aktuell liegt keine Demission eines unserer Mitglieder im National- oder Ständerat vor. Und es wäre schlicht und einfach unhöflich, wenn ich bei dieser Ausgangslage öffentlich Ambitionen auf ein solches Amt anmelden würde. Vor allem aber: Ich bin glücklich und sehr zufrieden in meiner Tätigkeit als Gesundheits- und Sozialdirektor des Kantons Luzern. Ich hatte noch nie eine so spannende Zeit.